

# Fondsbranche setzt auf Flexibilität der Aufsicht

BVI: Mifid II lässt noch immer Fragen offen

**Börsen-Zeitung, 24.11.2017**  
 bn Frankfurt – Der Fondsverband BVI erwartet nach Start der EU-Finanzmarkttrichtlinie Mifid II ein flexibles Vorgehen der Finanzaufsicht. „Wir müssen auf eine Aufsicht mit Augenmaß dringen“, erklärte Rudolf Siebel, Mitglied der Geschäftsführung des BVI, am Donnerstag auf einer Veranstaltung der WM Gruppe, die die Börsen-Zeitung herausgibt. „Ich würde nicht erwarten, dass die Aufsicht ab 3. Januar schon mit der Peitsche kommen wird, sondern erwarte eher einen Dialog.“ Viele Fragen müssten noch geklärt werden, erklärte Siebel weiter.

Karin Dohm, Global Head of Regulatory Affairs bei der Deutschen Bank, sprach von einer „iterativen gemeinsamen Lernkurve von Banken und Regulierern“ in den vergangenen Monaten.

Deutlicher wurde Armin Kammel, der die Vereinigung österreichischer Investmentgesellschaften (VÖIG) auf dem Podium vertrat. Er sprach von Aufsichtsversagen vor dem Start von Mifid II. Schon bevor das Inkrafttreten des Regelwerks um ein Jahr auf Anfang 2018 verschoben worden sei, habe jahrelang ein regelrechter Hype um die Richtlinie geherrscht. Nun stelle man fest, dass grundlegende rechtliche Sachverhalte

noch nicht geklärt seien. Und dies lasse die „Implementierung natürlich extrem schwierig“ werden. Siebel zufolge dürften Fondsgesellschaften angesichts dieser Unsicherheiten somit auf einen „Best-Effort-Ansatz“ vertrauen: „Man arbeitet unter Unsicherheit.“

„Natürlich ist da noch nicht alles geklärt“, konzedierte Deutsche-Bank-Managerin Dohm. So sei etwa die EU-Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA noch immer mit Frage-Antwort-Prozessen befasst, so dass an den letzten Wochenenden dieses Jahres noch Feinsteuerung erforderlich sein dürfte. Erkennbar aber sei der Wille der Regulatoren, das Vorhaben Mifid II über die Ziellinie zu bringen.

Als ein Problem in der Umsetzung haben sich unter anderem die Anforderungen des Legal Entity Identifier (LEI) herausgestellt, wie Deutsche-Bank-Managerin Dohm berichtete. Der LEI sei eine Herausforderung, weil seine Bestimmungen eine große Kundengruppe betreffen und nicht jeder Kunde von Beginn an mit den Erfordernissen des LEI vertraut gewesen sei. Es sei für die Bank spannend, etwa Kunden in den USA und Asien die neuen Anforderungen der Regulierung in Europa näherzubringen.

# Telefonmitschnitt ist größte Mifid-Last

Umfrage: Vier von fünf Banken sehen „hohen“ Aufwand – Gesamte Umsetzung kostet mehr als geplant

Das Regelwerk Mifid II enthält viele strittige Punkte, doch die Pflicht zur Aufzeichnung von Telefongesprächen ärgert Banken besonders. Die Vertrauensbasis für Kundengespräche sei in Gefahr, meint die Branche. Eine Umfrage zeigt, dass Mitschnitte zudem hohe Kosten verursachen.

**Börsen-Zeitung, 24.11.2017**  
 jsc Frankfurt – Die Pflicht zur Aufzeichnung von Telefongesprächen in der Wertpapierberatung ist nach Auffassung von Banken und Sparkassen die größte Last, die mit dem Regelwerk Mifid II auf die Branche zukommt: 39 von 50 befragten Instituten sehen in Telefon- und sonstigen Beratungsprotokollen einen „sehr hohen“ oder „eher hohen“ Aufwand, zeigt eine Umfrage der Beratungsgesellschaft PPI. Damit belastet die Aufzeichnungspflicht die Branche stärker als Auflagen für die Einführung neuer Produkte, das Erstellen diverser Berichte oder die ebenfalls umstrittene Definition von Zielmärkten für Finanzprodukte (siehe Grafik).

Die Pflicht, Telefongespräche umfassend mitschneiden zu müssen, sofern sich eine Kommunikation zu einer Wertpapierleistung andeutet, stößt in der Branche bereits seit langem auf Ablehnung. Der Bankenverband BdB zeigt sich um das Vertrauensverhältnis zwischen Berater und

Kunde besorgt, die unabhängigen Vermögensverwalter kritisieren die Anschaffungskosten für entsprechende Telefonanlagen, und selbst bei der Finanzaufsicht BaFin ist das Unbehagen spürbar. Neben Telefongesprächen müssen Banken die schriftliche Kommunikation wie E-Mails festhalten. Persönliche Gespräche können schriftlich dokumentiert und mit der Geeignetheitserklärung, dem Nachfolgedokument des Beratungsprotokolls, verbunden werden.

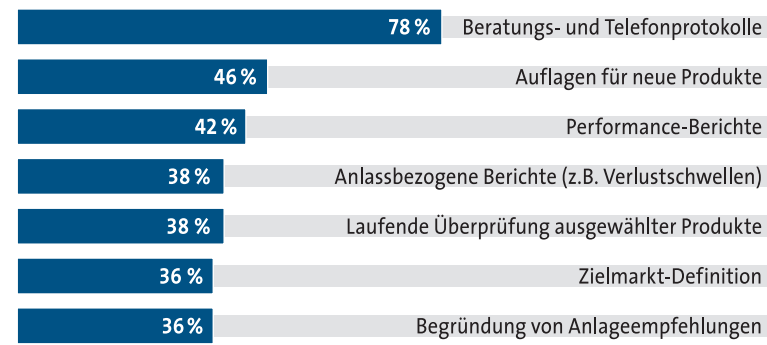
## Die Zeit drängt

Auch insgesamt sind Kreditinstitute gefordert, wie die mittlerweile sechste Umfrage zeigt. Erstens ist der Aufwand höher als gedacht: 31 von 50 Instituten geben an, dass der Personaleinsatz über dem Planwert liege. Zweitens drängt die Zeit: Acht Institute legen sich nicht darauf fest, dass sie die Vorgaben bis zum Stichtag 3. Januar 2018 umsetzen. Drittes sehen fast alle Banken Aufwand zur Anpassung der Systeme und höhere laufende Kosten, doch nur acht Geldhäuser haben neue Geschäftsfelder oder Wettbewerbsvorteile vor Augen. An der Umfrage nahmen im Oktober Institute aus allen Säulen der Kreditwirtschaft teil.

Einmal eingeführt, werden die neuen Regeln das Geschäft nach Auffassung der Branche verändern: Die

## Mifid II macht Banken das Leben schwer

Erwartete Folgekosten in der Wertpapierberatung, Anteil der Befragten, die die Kosten sehr hoch oder eher hoch einschätzen



© Börsen-Zeitung \*50 Banken und Sparkassen Quelle: PPI

Einschränkung des beratungsfreien Verkaufs (Execution Only), der künftig zwar noch für Aktien und gewöhnliche Fonds, nicht aber für komplexe Produkte möglich sein wird, dürfte „hohe“ Erlösausfälle nach sich ziehen, wie mehr als jede fünfte Bank (11 von 50) erwartet. Neun Institute rechnen mit spürbaren Einschnitten bei Zuwendungen wie Vertriebsprovisionen. Der Verkauf diverser Finanzprodukte, vorneweg komplexe Instrumente wie Optionsscheine und Zertifikate, wird erschwert werden, wie einige Institute meinen.

Einen hohen Einfluss auf alternative Vertriebskanäle wie Online- und Video-Banking sieht knapp die Hälfte der Befragten, während neue Festpreis-Angebote von gut jedem dritten Institut erwartet werden. Für die Honorarberatung, die bislang ein Nischendasein fristet, prognostiziert aber nur eine Minderheit von acht Instituten spürbare Impulse. Das Vertrauen der Kunden in die Finanzbranche kann durch das umfassende Regelwerk nicht „wiederhergestellt“ werden, wie eine Mehrheit von 30 Banken vermutet.

# IT-Systeme hemmen Banken im Wettstreit mit Fintechs

Schwierige Modernisierung – Studie

**Börsen-Zeitung, 24.11.2017**  
 fir Frankfurt – IT-Führungskräfte von Banken weltweit sind sich der Gefahr durch Fintechs bewusst, sehen aber angesichts veralteter IT-Systeme nur beschränkte Möglichkeiten gegenzuhalten. So fürchten 87% der Befragten in einer vom IT-Consultant Avanade in Auftrag gegebenen Studie, dass traditionelle Formen des Bankgeschäfts im Wettbewerb mit neuen Anbietern das Nachsehen haben. Das Tochterunternehmen von Accenture hat 280 Entscheidungsträger in IT-Abteilungen interviewt, davon 20 in Deutschland.

Die klassischen Finanzunternehmen sehen sich im Wettstreit mit Fintechs mit beträchtlichen internen Schwierigkeiten konfrontiert (siehe Grafik). So binden Pflege und Instandhaltung der bestehenden IT-Systeme erhebliche Ressourcen und kosten die Banken viel Geld. Im Schnitt würden Jahr für Jahr 19% des IT-Budgets allein für die Aufrechterhaltung der Altsysteme ausgegeben, heißt es. 28% der Entscheidungsträger geben deshalb sogar an, schlichtweg keine Zeit für Entwick-

lungen und Innovationen erübrigen zu können. Und jeder Dritte gibt zu, dass seine IT-Abteilung nicht über genügend Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, um Veränderungen der IT-Infrastruktur umzusetzen.

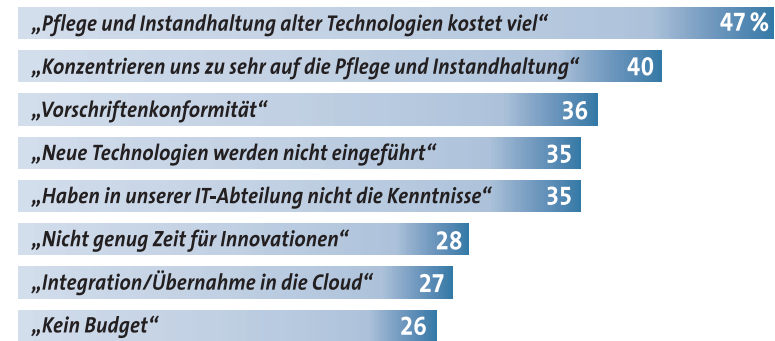
Dabei versprechen sich die Banken von modernisierten IT-Systemen erhebliche Vorteile: 94% der Befragten erwarten im Schnitt um 14% höhere Jahresumsätze, und 86% rechnen mit einer Reduzierung der Betriebskosten um 13%.

## Filialschließungen geplant

Ungeachtet der Schwierigkeiten, denen sich die IT-Abteilungen ausgesetzt sehen, ist im Zuge der Digitalisierung mit kräftigen Filialschließungen zu rechnen. Jeder fünfte Befragte gibt an, dass seine Bank viele Niederlassungen aufgeben wolle; 12% planen der Erhebung zufolge sogar, alle Filialen zu schließen und ganz digital zu werden. 61% sind der Meinung, dass in den nächsten zehn Jahren im Privatkundengeschäft von Banken keine menschliche Interaktion notwendig sein wird.

## Alte IT-Infrastruktur bindet Ressourcen

Umfrage: „Was sind die Hauptprobleme, mit denen die IT-Abteilung zu kämpfen hat?“



© Börsen-Zeitung Quelle: Avanade

## KURZ GEMELDET

### „DWS Top Dividende“ kehrt halbe Milliarde aus

**Börsen-Zeitung, 24.11.2017**  
 Das Fondsdickschiff der Deutschen Asset Management, der „DWS Top Dividende“, schüttet am heutigen Freitag knapp 500 Mill. Euro aus, das sind 3,20 Euro je Anteil. Damit kommt den Anlegern eine Ausschüttungsrendite von 2,6% zu, wie die Deutsche-Bank-Tochter mitteilt. Das heute 19,8 Mrd. Euro schwere Produkt hat seit Auflegung 2003 bereits 3,3 Mrd. Euro ausgekehrt und kommt auf eine durchschnittliche Ausschüttungsrendite von 3,4% pro Jahr. jsc

### Börse Düsseldorf steht nun unter Böag-Dach

**Börsen-Zeitung, 24.11.2017**  
 Die Börse Düsseldorf steht nun unter dem Dach der Böag Börsen AG. Wie die Trägergesellschaft, zu der seit 1999 bereits die Börsen Hamburg und Hannover gehören, mitteilt, wurden inzwischen alle formalen Anforderungen für den Zusammenschluss erfüllt. Die operative Zusammenarbeit zwischen Böag und der Börse Düsseldorf läuft seit Jahresanfang. Der Wechsel auf Seiten des Börsenträgers sei reibungslos verlaufen, so Thomas Dierkes, Chef der Börse Düsseldorf. ste

# Bankgeschäft nur noch in Deutschland

Warburg Bank will Kosten drücken – Verkauf von Private Banking in der Schweiz

Von Carsten Steevens, Hamburg

**Börsen-Zeitung, 24.11.2017**  
 Die Hamburger Privatbank M.M. Warburg verhandelt derzeit nicht nur mit einer amerikanischen Investorengruppe über den Verkauf ihres Geschäfts in Luxemburg (vgl. BZ vom 22. November). Das Institut zieht sich auch aus dem Geschäft mit klassischen Privatkunden in der Schweiz zurück. Die St. Galler Kantonalbank übernimmt, wie beide Häuser gestern bekannt gaben, von der M.M. Warburg Bank (Schweiz) Privatkunden und Berater. Über den Kaufpreis der Transaktion, die im ersten Quartal 2018 vollzogen sein soll, sei Stillschweigen vereinbart worden. Am Standort Zürich wird die Warburg-Gruppe künftig nur noch mit der 2010 erworbenen Family-Office-Bank Private Client Partners in der Betreuung großer Vermögen präsent sein.

## Regulierung belastet

Nach dem Verkauf der 1996 unter dem Namen Interallianz Bank Zürich erworbenen M.M. Warburg Bank (Schweiz) werde man, auch wenn die Bank über zahlreiche ausländische Kunden verfüge, das klassische Private-Banking-Geschäft wieder allein von Deutschland aus betreiben, sagte Joachim Olearius, Sprecher der Partner der Warburg Bank, im Gespräch mit der Börsen-



Joachim Olearius

Zeitung. Der Kostenaspekt spielt dabei für das Hamburger Bankhaus, dessen Aufwand-Ertrags-Verhältnis sich 2016 auf gut 94% verschlechterte, eine wesentliche Rolle. Die Kostenquote sei am stärksten durch regulatorisch verursachte Lasten gestiegen, so Olearius. Die zunehmenden Anforderungen an Banken seien in der Schweiz erst ab einem Volumen von mindestens 10 bis 15 Mrd. sfr dauerhaft rentabel umzusetzen. Mit ihren fünf Kundenberatern kommt die M.M. Warburg Bank (Schweiz) gerade auf über 1 Mrd. sfr betreutes Vermögen.

Der Kostendruck zeige sich an der Entwicklung im gesamten Schweizer Bankenmarkt, erklärte der Warburg-Bank-Chef mit Verweis auf eine Statistik der Schweizer Nationalbank weiter. Die Anzahl der Privat-

bankiers sei von 13 im Jahr 2012 auf 6 im vergangenen Turnus gesunken, die Zahl der ausländisch beherrschten von 103 auf 81.

Im Verhältnis zum gesamten Geschäft seien die an die in der Schweiz gut positionierte St. Galler Kantonalbank verkauften Private-Banking-Aktivitäten „volumens- und ertragsmäßig nicht relevant“. Die jährlichen Zuwächse im deutschen Private Banking überstiegen das abgegebene Volumen, so Olearius. Im Private Banking verbuche die Warburg Bank in diesem Jahr insgesamt „gute Nettomittelzuflüsse“.

## Stellenabbau

Beim geplanten Verkauf der beiden „sehr erfolgreich“ arbeitenden Töchter Warburg Invest Luxembourg und M.M. Warburg & CO Luxembourg spielt der Kostenaspekt den Angaben zufolge keine Rolle. Gleichwohl lasse sich „unnötige regulatorische Komplexität“ verringern, da man nach dem Verkauf nur noch vom deutschen Aufsichtsrecht erfasst werde, so Olearius.

Dem Ziel, die Kostenquote unter die Marke von 85% zu drücken, dienten auch die 2016 vollzogenen Verschmelzungen mehrerer inländischer Tochterinstitute auf die Bank. Es seien 2017 rund 40 Stellen und damit rund ein Viertel der Arbeitsplätze der früheren Banktöchter weggefallen.

# EZB sucht neue Mitarbeiter

**Börsen-Zeitung, 24.11.2017**  
 Bloomberg Frankfurt – Die Europäische Zentralbank (EZB) will 2018 rund 170 Mitarbeiter für die Bankenaufsicht einstellen. Ein Grund ist die zusätzliche Arbeitsbelastung durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU).

Kreditinstitute, die das Hauptquartier ihres Europageschäfts in Großbritannien angesiedelt haben, prüfen angesichts des Brexit-Votums Möglichkeiten, Einheiten in der EU einzurichten, um so den Zugang zu diesem Markt zu behalten. Daraus resultiert eine zusätzliche Belastung für die EZB, die seit 2014 die Rolle des Bankenaufsehers für die Kreditinstitute im gemeinsamen Währungsgebiet wahrnimmt.

Weniger als ein Drittel der neuen Stellen sind dabei für den zusätzlichen Aufwand vorgesehen, der im Zusammenhang mit dem Brexit erwartet wird, antwortete eine EZB-Sprecherin via E-Mail auf Fragen von Bloomberg News. Wie viele Mitarbeiter derzeit für den sogenannten Single Supervisory Mechanism (SSM) arbeiten, teilte die Notenbank nicht unmittelbar mit.

## Eigenkapital-Forum vom 27. bis 29. November 2017

**Die Masterflex Group freut sich auf die Gespräche mit Investoren!**

Präsentation am 27. November 2017, 14:00 Uhr CET, Raum London

**MASTERFLEX GROUP**  
Connecting Values